

## 1 Bildung

### 4 Forderung:

5 **Wir fordern, dass Schulen lebenswirklicher werden, sich an den Interessen der**  
6 **Schüler/-innen orientieren und zum hinterfragenden, reflektierenden und**  
7 **kritischen Denken befähigen.**

### 9 Hintergrund:

10 Intuitiv bedienen heute bereits Sechsjährige ein Smartphone oder einen Tablet-PC.  
11 Andererseits gibt es z.B. Regelschulabsolventen, die die Grundrechenarten nicht  
12 beherrschen; junge Akademiker, die Schwierigkeiten damit haben, eine gute Bewerbung zu  
13 schreiben.

14 Auch in anderen Lebensbereichen fehlt es an der Vermittlung von Allgemeinwissen und  
15 Alltagskompetenzen. Bereitet die 10-12jährige Schulbildung tatsächlich noch auf das Leben  
16 vor? Wir sagen: Ungenügend.

17 Die Lebenswirklichkeit muss in der Schule ankommen, damit Schule jungen Menschen nicht  
18 nur Wissen vermittelt, sondern ihnen hilft, den Alltag zu bewältigen.

19 Dazu gehört auch, dass Schule zum kritischen Hinterfragen ermutigt und die  
20 Dialogbereitschaft von Schüler/-innen und Lehrer/-innen fördert. Die Lehrpläne müssen  
21 diesbezüglich einer kritischen Überprüfung zugeführt werden. Ebenso ist die Lehreraus- und  
22 -fortbildung darauf auszurichten.

### 25 Forderung:

26 **Wir fordern gut ausgebildete Lehrkräfte, die befähigt sind, Schulunterricht entlang**  
27 **der Lebensrealität der Schüler/-innen zu gestalten und die den neuen technischen**  
28 **Erfordernissen gewachsen sind. Damit einher muss die Einstellung vor allem junger**  
29 **Lehrkräfte gehen.**

### 31 Hintergrund:

32 Das A und O einer guten Schule sind die Lehrer/-innen, die junge Menschen unterrichten.  
33 Deshalb muss darauf geachtet werden, dass sich das Lehrpersonal regelmäßig fortbildet, gut  
34 geschult und in der Lage ist, auch neue Methoden und Techniken anzuwenden. Auf eine  
35 gute Altersstruktur in den Schulen zu achten, ist dabei ein wichtiger Punkt. Junge Lehrkräfte  
36 sind oft nicht nur flexibler im Umgang mit der Informationstechnik, sondern haben in ihrer  
37 Ausbildung auch neue pädagogische Ansätze und Methoden vermittelt bekommen.

### 40 Forderung:

41 **Wir fordern für alle Schulen die Bereitstellung eines Budgets aus Landesmitteln, um**  
42 **damit die unterrichtsbegleitenden Kosten zu finanzieren.**

### 44 Hintergrund:

45 Eine fortschrittliche und sich stets weiterentwickelnde Gesellschaft muss der  
46 heranwachsenden Generation auch zeitgemäße Bildungschancen eröffnen. Damit ist unter  
47 anderem die Forderung nach einer zeitgemäßen Sachausstattung und Unterrichtsmaterial  
48 der Schulen verbunden. Die Kosten, die Eltern im Schuljahr für unpersönliche Gegenstände

49 wie z.B. Kopien, Kunstmaterialien, besonderes Papier etc., aber auch für Exkursionen u.ä.  
50 aufwenden müssen, stellen gerade die Familien mit geringem Einkommen vor große  
51 Probleme. Wir sehen hier die Schulen in der Verantwortung, eine echte Lern- und  
52 Arbeitsmittelfreiheit herzustellen. Ebenso könnte eine zentrale Anschaffung von  
53 Verbrauchsmaterialien eine ökonomische und ökologisch nachhaltige Nutzung sichern.  
54 Mit der Übernahme verbindet sich gleichzeitig auch das Ziel einer Senkung der  
55 unterrichtsbegleitenden Kosten durch die Schule. Eltern sind herausgefordert, darauf  
56 Einfluss zu nehmen und Ausgaben für unterrichtsbegleitende Kosten kritisch zu  
57 hinterfragen.

58  
59

60 **Forderung:**

61 **Wir fordern gesundes und abwechslungsreiches Schulessen, welches in**  
62 **ansprechenden Räumlichkeiten eingenommen werden kann.**

63

64 **Hintergrund:**

65 Für das Essen an Schulen gilt heute leider noch: zu viel Fleisch und zu selten Gemüse, Obst  
66 und Trink- bzw. Mineralwasser. Außerdem ist das Essen geschmacklich nicht gut genug.  
67 Gesundheitliche und ökologische Aspekte sind beim Schulessen ebenso zu berücksichtigen  
68 wie die Gewährleistung eines vielfältigen und flexiblen Angebotes. Um das Essen in Ruhe  
69 und angemessener Atmosphäre verzehren zu können, sind ansprechende, auch die  
70 Kommunikation fördernde Räume zu schaffen. Hierzu gehört die grundsätzliche Trennung  
71 von Speiseräumen und Hausaufgabenzimmern. Ziel ist: Gemeinsames Essen wird zu einem  
72 bewusst gesetzten Qualitätsstandard von Schule.

73

74

75 **Forderung:**

76 **Wir fordern die frühzeitige und interessenbezogene Vorbereitung auf die Lebens-,**  
77 **Berufs- und Arbeitswelt im Schulalltag aller Schularten. Längere und häufigere**  
78 **Praktika höherer Qualität mit dem Ziel einer stärkeren individuellen**  
79 **Berufsorientierung sowie außerschulische Lernzeiten mit partizipativen Lernformen**  
80 **sind dazu geeignete Mittel.**

81

82 **Hintergrund:**

83 Der Berufswahlprozess verbunden mit der Frage, "Was fange ich mit meinem Leben an" ist  
84 für viele Jugendliche schwierig und wird oft mit Freunden und Gleichaltrigen beraten. Aber  
85 auch Schulen stehen in der Verantwortung, die Berufs- und Lebensweltorientierung und in  
86 den Schulalltag als Teil des Bildungskonzeptes zu integrieren. Dafür muss es jedoch im  
87 Schulalltag auch Raum geben: Schulen und Betriebe müssen gemeinsam praktische  
88 Erfahrungen ermöglichen. Die Angebote sollten eher im Betrieb als in der Schule angesiedelt  
89 und qualitativ hochwertig sein. Jedoch darf Berufsorientierung nicht nur der Vorbereitung  
90 zur Berufswahl oder einer wirtschaftlichen Verwertbarkeit eines möglichst angepassten  
91 Lebenslaufes dienen, sondern muss ganzheitlich orientiert stattfinden: der  
92 Berufsorientierung, der Arbeits- und der Lebensweltorientierung. Das umfasst auch eine  
93 frühzeitige und praxisnahe Auseinandersetzung mit der Frage, was Arbeit ist und in welcher  
94 Lebenswelt sie stattfinden soll. Wichtig ist hierbei, dass die Schule die Praktika begleitet und  
95 Möglichkeiten zur Reflexion bietet.

96

97 **Forderung:**

98 **Wir fordern die Gewährleistung eines auswahlfähigen, qualitativ hochwertigen**  
99 **Angebotes an Ausbildungsplätzen sowie eine angemessene Vergütung in der**  
100 **beruflichen Ausbildung.**

101

102 **Hintergrund:**

103 Bis 2020 werden ca. 20.000 neue Fachkräfte in Thüringen benötigt. Besonders unter diesem  
104 Aspekt ist es umso wichtiger, qualitativ hochwertige, betriebliche Ausbildungsplätze für  
105 Jugendliche zur Verfügung zu stellen. Bisher bildet lediglich ¼ der Thüringer Unternehmen  
106 aus. Viele Jugendliche bekommen trotz des so genannten „Fachkräftemangels“ keinen  
107 betrieblichen Ausbildungsplatz, sondern besuchen stattdessen spezielle Maßnahmen oder  
108 schlagen andere Bildungswege ein. Ausbildung in Thüringen ist immer noch nicht attraktiv  
109 genug. Viele junge Menschen sind in den letzten Jahrzehnten abgewandert, weil in  
110 Thüringen Ausbildungsqualität und -vergütung nicht angemessen waren. Das muss sich  
111 ändern.

112

113

114 **Forderung:**

115 **Wir fordern unmittelbar nach Berufsausbildung langfristige Arbeitsverhältnisse mit**  
116 **angemessener Entlohnung, die ein eigenständiges Leben ohne Aufstockung durch**  
117 **Sozialhilfesysteme ermöglichen.**

118

119 **Hintergrund:**

120 Junge Menschen unter 35 Jahren arbeiten häufiger als Menschen anderer Altersgruppen in  
121 prekären Beschäftigungsverhältnissen - befristet, schlecht bezahlt, in Minijobs oder in  
122 Leiharbeit. Junge Menschen brauchen Perspektiven und eine sichere Zukunft. Das kann nur  
123 durch die unbefristete Übernahme im erlernten Beruf gewährleistet werden. Zum einen wird  
124 so verhindert, dass der Wert der Berufsausbildung verfällt. Zum anderen können junge  
125 Menschen in Thüringen nur so ein eigenständiges Leben beginnen und längerfristig planen.  
126 Unternehmen, die eine unbefristete Übernahme garantieren, sollten bei der Vergabe  
127 öffentlicher Aufträge bevorzugt werden. Im öffentlichen Dienst muss die unbefristete  
128 Übernahme fester Bestandteil im Tarifvertrag sein.

129

130

131 **Forderung:**

132 **Wir fordern, dass Fahrt- und Unterbringungskosten für Auszubildende solidarisch**  
133 **finanziert werden. Hier sollte eine Lösung gefunden werden, die Arbeitgeber/-**  
134 **innen, Auszubildende, aber auch das Land und die Verkehrsverbände**  
135 **gleichermaßen einbezieht.**

136

137 **Hintergrund:**

138 Das Berufsschulnetz in Thüringen wird auf Grund des demografischen Wandels immer  
139 grobmaschiger. Auszubildende müssen so in Zukunft immer weitere Wege zur Berufsschule  
140 in Kauf nehmen. Hierbei entstehen hohe Kosten für Azubis, die sie von ihrer  
141 Auszubildendenvergütung allein nicht bezahlen können. Zudem macht es Sinn,  
142 entsprechende Unterkünfte während des Blockunterrichts zur Verfügung zu stellen, um  
143 tägliche lange Fahrtzeiten zu vermeiden. Diese sind aber noch nicht flächendeckend  
144 vorhanden. Hier muss nachgebessert werden. Es muss nach einer Lösung gesucht werden,

145 wie Fahrt- und Unterbringungskosten solidarisch von Auszubildenden, Arbeitgeber/-innen,  
146 dem Land und den Verkehrsverbänden finanziert werden. Nicht zuletzt spielen auch  
147 ökologische Aspekte eine Rolle: Es wird ein Anreiz geschaffen, das eigene Auto stehen zu  
148 lassen, weil Zug fahren preiswerter ist.

149  
150

151 **Forderung:**

152 **Wir fordern die Beibehaltung eines studiengebührenfreien Erststudiums.**

153

154 **Hintergrund:**

155 Bisher gibt es in Thüringen keine Studiengebühren. In jenen Bundesländern, in denen es  
156 Studiengebühren gab, sind diese zurück genommen worden. Auch wenn es bundesweit  
157 keine Studiengebühren mehr gibt: Es bleibt notwendig, diese Forderung immer wieder zu  
158 stellen (auch für Langzeitstudium). Ebenso sind Gebühren und Beiträge, wie z. B. Labor- oder  
159 Praktikumsgebühren, die gegenwärtig in einzelnen Studiengängen erhoben werden,  
160 abzuschaffen.

161  
162

163 **Forderung:**

164 **Wir fordern eine stärkere Würdigung und nachhaltige Förderung der vielfältigen  
165 Jugendverbandsarbeit sowie den Erhalt und die ausreichende finanzielle  
166 Unterstützung von Einrichtungen und Angeboten der Jugendarbeit.**

167

168 **Hintergrund:**

169 Die Jugendphase ist bei Weitem nicht nur die Vorbereitung auf das spätere Berufsleben.  
170 Daher darf die Jugendphase nicht unter kommerziellen Verwertungsinteressen durchgeplant  
171 und strukturiert werden. Junge Menschen brauchen Freiräume, in denen sie sich selber  
172 entfalten und ausprobieren können, in denen sie eine eigenständige Persönlichkeit  
173 entwickeln können und lernen, eigenverantwortliche Entscheidungen zu treffen.

174

175 Jugendarbeit und Jugendverbandsarbeit bieten genau diese Freiräume:

176 Junge Menschen gestalten hier ihre Freizeit, lernen Mitbestimmung und Demokratie,  
177 übernehmen Verantwortung und erlernen damit wesentliche soziale Kompetenzen.

178 Deshalb ist es wichtig, dass junge Menschen hierzu genügend Zeit haben. Mindestens zwei  
179 schulfreie Nachmittage sollten zur Verfügung stehen.

180

181 Über 320.000 Kinder und Jugendliche sind in Thüringer Jugendverbänden organisiert.

182 Nicht nur Schulen sind Lern- und Bildungsorte, sondern auch Jugendverbände mit ihrem  
183 vielfältigen außerschulischen Bildungsangebot. Die Thüringer Jugendverbände bieten einen  
184 "geschützten Raum", in dem sich junge Menschen ausprobieren können und wo sie (mehr  
185 noch als in Schule) lernen, Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Sie leisten  
186 somit einen enormen gesellschaftlichen Beitrag und sind daher stärker zu fördern und in  
187 ihrer außerschulischen Bildungsarbeit finanziell mehr zu unterstützen. Planungssicherheit  
188 und Entbürokratisierung sind unabdingbare Voraussetzungen für den Erhalt und den Ausbau  
189 der inhaltlichen Arbeit.

190 Des Weiteren muss ehrenamtliches Engagement in Schule, Ausbildung und Arbeit stärker  
191 anerkannt und unterstützt werden.

192

193 **Demokratie**

194

195 **Forderung:**

196 **Wir fordern jugendgerechte Informations- und Mitbestimmungsmöglichkeiten an**  
197 **allen uns betreffenden Entscheidungen in den Kommunen.**

198

199 **Hintergrund:**

200 An vielen Entscheidungen in der Gemeinde, die Kinder und Jugendliche betreffen, sind sie  
201 selbst nicht beteiligt. Die Kommunalordnung sieht dieses Allgemeinrecht nicht vor. Das muss  
202 sich ändern, denn Kinder und Jugendliche wollen sich an der Kommunalpolitik aktiv  
203 beteiligen und beteiligt werden. Städte und Gemeinden sollen deshalb junge Menschen bei  
204 Planung und Vorhaben, die deren Interessen, ihr Umfeld und ihre Zukunft berühren,  
205 verpflichtend beteiligen. Häufig werden in der Politik Fachbegriffe verwendet, welche  
206 Erwachsene kaum verstehen. Selten wird in den jeweiligen Sachverhalt so eingeführt, dass er  
207 für Außenstehende nachvollziehbar ist. Hier ist Politik in der Verantwortung, Kinder und  
208 Jugendliche mitzunehmen und sie verständlich über das Handeln der Parteien zu  
209 informieren und zum Mitmachen einzuladen. Auch hier sind Neue Medien aktiv zu nutzen.

210

211

212 **Forderung:**

213 **Wir fordern die Bekämpfung aller rechtsextremistischen Organisationen.**  
214 **Zivilgesellschaftliche Strukturen und das Engagement gegen Gruppenbezogene**  
215 **Menschenfeindlichkeit müssen dauerhaft unterstützt werden.**

216

217 **Hintergrund:**

218 Die Bekämpfung der Gruppenbezogenen Menschenfeindlichkeit in all ihren Ausprägungen  
219 ist politisch, staatlich und zivilgesellschaftlich dringend geboten. Dazu gehören das Verbot  
220 als schärfstes Mittel der Demokratie, eine umfassender Bildungsarbeit über die Ziele und  
221 Gefahren des Rechtsextremismus' sowie die Stärkung des zivilgesellschaftlichen  
222 Engagements.

223

224

225 **Forderung:**

226 **Wir fordern die Zurückdrängung des Wirtschaftslobbyismus' bei politischen**  
227 **Entscheidungen sowie Transparenz im Gesetzgebungs- und Verordnungsverfahren.**

228

229 **Hintergrund:**

230 Wirtschaftslobbyisten schreiben Gesetze mit und üben damit direkten Einfluss im Sinne ihrer  
231 Wirtschaftsinteresses aus. Zur Herstellung der Transparenz sind im Gesetzgebungs- und  
232 Verordnungsverfahren die beteiligten Lobbyisten-Verbände auszuweisen, um so einen  
233 Beitrag gegen deren Einflussnahme zu leisten. Korruption ist durch eine strengere  
234 Gesetzgebung einzudämmen, die Nebeneinkünfte der Abgeordneten sind grundsätzlich  
235 offen zu legen und die UN-Konvention gegen Korruption in Deutschland muss endlich  
236 ratifiziert werden.

237

238

239

240

## 241 **Gerechtigkeit**

242

### 243 **Forderung:**

244 **Zur Bekämpfung der Jugendarmut fordern wir den Erhalt und Ausbau nachhaltiger**  
 245 **Beratungs- und Unterstützungsangebote für betroffene Jugendliche, die ihnen**  
 246 **bessere Chancen auf dem Ausbildungs- und Arbeitsmarkt eröffnen sowie Wege aus**  
 247 **Überschuldung oder Wohnungslosigkeit ermöglichen.**

248

### 249 **Hintergrund:**

250 Der 4. Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung zeigte, dass vor allem junge  
 251 Menschen überdurchschnittlich stark von Armut betroffen und von Teilhabe ausgeschlossen  
 252 sind. Neben den finanziellen Aspekten, die Armut beschreibbar machen, erfahren junge  
 253 Menschen heute auch soziale und emotionale Belastungen, die gesellschaftliche Teilhabe  
 254 erheblich erschweren. Diese Dimensionen von Armut werden oft nicht erkannt. Durch  
 255 wiederkehrende Erfahrungen, nicht gebraucht zu werden oder keine Wertschätzung zu  
 256 erfahren, ist das Leben dieser jungen Menschen häufig von Motivationslosigkeit und einer  
 257 mangelnden Perspektive geprägt. Ziel muss es jedoch sein, allen jungen Menschen  
 258 Orientierung zu geben und sie zu befähigen, ihr Leben aktiv zu gestalten.

259

260 In einer Gesellschaft, in der Erwerbsarbeit ein wichtiges Kriterium für soziale Integration  
 261 darstellt, erleben junge Menschen ohne Ausbildung oder qualifizierte Arbeit ihr Leben häufig  
 262 als sinnentleert. Es fehlt ihnen an Wertschätzung, Anerkennung und der Erfahrung von  
 263 Selbstwirksamkeit. Sie benötigen ganzheitliche Begleitung und Unterstützung, um die eigene  
 264 Persönlichkeit nachhaltig zu stärken und die vorhandenen Talente zu fördern.  
 265 Die finanzielle Ausgangslage darf die Entwicklung und Zukunftsperspektiven junger  
 266 Menschen nicht beeinträchtigen. Die individuelle Förderung der Finanzkompetenz von  
 267 Jugendlichen muss gezielt weiterentwickelt werden. So wichtig Beratungsangebote sind, um  
 268 betroffenen jungen Menschen Wege aus einer Überschuldung aufzuzeigen: Es ist Aufgabe  
 269 von Gesellschaft und Staat, einer frühen Verschuldung junger Menschen vorzubeugen.  
 270 Wohnungslosigkeit junger Menschen ist häufig bedingt durch Flucht vor Gewalt,  
 271 Nichtbeachtung und fehlender Zuwendung. Wohnungslose junge Menschen erleben  
 272 innerlich und äußerlich Ausgrenzung und Verstoßung in einer Lebensphase, in der sie  
 273 höchster Gefährdung ausgesetzt sind. Um gesellschaftliche Teilhabe und eine  
 274 selbstbestimmte Zukunft zu ermöglichen, brauchen wohnungslose Jugendliche verlässliche  
 275 Angebote, die sie als Persönlichkeit annehmen und sie Wertschätzung und Heimat erfahren  
 276 lassen. Eine verbindliche Zusammenarbeit der unterschiedlichen Akteure unter Einbezug der  
 277 öffentlichen und freien Träger der Jugendhilfe ist erforderlich.

278

279

### 280 **Forderung:**

281 **Wir fordern die Verhinderung der Privatisierung der Wasserversorgung.**

282

### 283 **Hintergrund:**

284 Stellt euch vor, ihr könntet das Wasser zu Hause aus eurem Wasserhahn nicht trinken. Das  
 285 gibt es hier bei uns in Europa nicht? Doch. Allein in den 27 EU-Staaten haben zwei Millionen  
 286 Menschen keinen Zugang zu sauberem Trinkwasser und sanitärer Grundversorgung.

287 Weltweit sind zwei Milliarden Menschen betroffen. Wasser ist mittlerweile kostbar  
288 geworden, weltweit agierende Unternehmen wollen damit hohe Gewinne erzielen. Sie  
289 treiben die Preise für Wasserver- und -entsorgung immer weiter in die Höhe. Und vielleicht  
290 erhältet auch ihr eines Tages kein sauberes Wasser mehr, weil ihr nicht bezahlen könnt oder  
291 weil sich die Bereitstellung für euren örtlichen Versorger nicht lohnt. Wasser muss als ein  
292 gemeinsames Erbe geschützt werden und in öffentlicher Hand unter demokratischer  
293 Kontrolle bleiben. Bislang hat die Europäische Kommission eher im Sinne der  
294 Gewinnmaximierung großer Unternehmen gehandelt. Jetzt soll sie dafür sorgen, dass die  
295 Förderung von Wasser- und Abwasserwirtschaft als öffentliche Dienstleistung für alle  
296 sichergestellt wird. Die Privatisierung von Wasser muss ein Ende haben.

297  
298  
299

## 300 Demografie

301

### 302 Forderung:

303 **Wir fordern die Aufnahme einer unabhängigen Nachhaltigkeitsprüfung bei**  
304 **Gesetzgebungs- und Ordnungsverfahren sowie bei Beschlussfassungen auf**  
305 **kommunaler Ebene anhand festgelegter Prüf- und Entscheidungskriterien.**

306

### 307 Hintergrund:

308 Nachhaltiges Handeln verlangt gerade im Interesse der nachfolgenden Generationen eine  
309 klare politische Priorität. Deshalb muss dieses Handeln ein wesentlicher Prüfstein für die  
310 Landes- und Kommunalpolitik sein. Politisches Handeln orientiert sich oft an  
311 Förderprogrammen, ohne die Notwendigkeit nachhaltig zu prüfen, geschweige denn, die  
312 Folgekosten in den Blick zu nehmen. Überdimensionierte Bauvorhaben, aus dem Ruder  
313 laufende Kosten und leer stehende Gewerbegebiete bzw. Spaßbäder sind Beispiele dafür.  
314 Andererseits sind Fördergelder auch Steuergelder, die die Bürger/-innen zahlen und mit  
315 denen verantwortlich und treuhänderisch umgegangen werden muss. Es ist zu überlegen, ob  
316 in der Strafgesetzgebung der Sachverhalt der Steuermittelverschwendung aufgenommen  
317 werden sollte.

318

319

### 320 Forderung:

321 **Wir fordern die Steigerung der Attraktivität des ländlichen Raumes durch attraktive**  
322 **infrastrukturelle Maßnahmen in den Bereichen Wirtschaft, Kultur, Freizeit und**  
323 **Soziales.**

324

### 325 Hintergrund:

326 Aus dem ländlichen Raum ziehen immer mehr Menschen weg. Eine Ausdünnung ist die  
327 Folge. Es ist notwendig, den ländlichen Raum als lebenswert zu erhalten. Das schließt unter  
328 anderem mobile Angebote, stärkere Förderung der Vereinsarbeit, mehr Sport- und  
329 Spielanlagen, den flexiblen und bedarfsorientierten Ausbau des Öffentlichen  
330 Personennahverkehrs sowie kundenorientierte Öffnungszeiten von Ämtern, Einrichtungen  
331 und Dienstleistungen ein. Darüber hinaus muss die Infrastruktur des ländlichen Raums sowie  
332 die Anbindung an Freizeit-, Arbeits- und Ausbildungsorte in den größeren Städten verbessert  
333 werden (z.B. Gemeinschaftseinrichtungen zur Grundversorgung, Aktivitäten zur besseren  
334 Vernetzung des touristischen Angebots, längerer und vertakteter ÖPNV, neue mobile



335 Modelle). Die Entwicklung der Infrastruktur im ländlichen Kulturraum wird von der Stärkung  
 336 der wirtschaftlichen Leistung im ländlichen Raum abhängen. Die Land- und  
 337 Forstwirtschaftsbetriebe sind meist die größten Arbeitgeber im ländlichen Raum und leisten  
 338 einen unschätzbaren Beitrag zur Natur- und Landschaftspflege. Jedoch geht den Land- und  
 339 Forstwirtschaftsbetrieben der Nachwuchs aus. Dieser Tatsache muss durch entsprechende  
 340 Maßnahmen entgegengewirkt werden. Die Wirtschaft des ländlichen Raums wird jedoch  
 341 auch vorschnell auf die Land- und Forstwirtschaft reduziert. Neben land- und  
 342 forstwirtschaftlicher Wertschöpfung prägen aber insbesondere kleine und mittlere  
 343 Unternehmen aus Mittelstand und Handwerk den ländlichen Raum. Die ländlichen Räume  
 344 haben nicht nur Naturerlebnis- und Erholungsfunktion, sondern sind wichtige und größeren  
 345 Städten gegenüber gleichberechtigte Lebens, Arbeits- und Wirtschaftsräume.

346  
 347

348 **Forderung:**

349 **Wir fordern schnelles und bezahlbares Internet in ganz Thüringen, das nicht**  
 350 **zensuriert und überwacht wird.**

351

352 **Hintergrund:**

353 Das Internet gehört heute zu den wichtigsten Kommunikationswegen. Ob für den  
 354 Wissenserwerb, für die Wirtschaft oder für die Freizeitgestaltung. Das Internet gehört dazu.  
 355 In vielen Orten Thüringens ist jedoch kein schnelles, leistungsfähiges und bezahlbares  
 356 Internet vorhanden. Daher ist es erforderlich, eine Breitbandversorgung sicherzustellen.  
 357 Flatrates sollen „echte“ Flatrates sein und nicht einer Drosselung nach einer bestimmten  
 358 Nutzungszeit unterliegen. Wünschenswert ist auch ein freier WLAN-Zugang auf öffentlichen  
 359 Plätzen und in Bus und Bahn. Das Internet soll freier Raum bleiben und nicht zur  
 360 Überwachung und für Zensurmaßnahmen dienen. Gleichwohl ist ein ausreichender  
 361 Jugendschutz zu sichern.

362  
 363  
 364

365 **Soziales**

366

367 **Forderung:**

368 **Wir fordern mehr Anreize, dass familiengerechte Arbeitszeitmodelle für Eltern**  
 369 **umgesetzt und genutzt werden können.**

370

371 **Hintergrund:**

372 Insbesondere für junge Eltern und noch mehr für Alleinerziehende ist es außerordentlich  
 373 schwierig, Familie und Beruf (-sausbildung) zusammen zu bewältigen. Es kann nicht sein,  
 374 dass Kinder immer eher bei Kinderbetreuungen abgegeben und immer später abgeholt  
 375 werden. Hier sind flexible Lösungen gefragt, die eine bessere Vereinbarkeit zum Ziel haben  
 376 und Eltern ermöglichen, mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen zu können. Auch die  
 377 Möglichkeit, von zu Hause aus zu arbeiten, muss eine Alternative sein.

378 Das Land ist gefordert, mit den betreffenden Partnern (Arbeitgeberverbänden, Gewerk-  
 379 schaften, Betriebs- oder Personalräten, Familienverbänden etc.) das Thema zu eröffnen bzw.  
 380 die Initiative zu übernehmen.

381  
 382



383 **Forderung:**

384 **Wir fordern die Einführung einer elternunabhängigen steuerfinanzierten**  
385 **Grundsicherung für junge Menschen bis zum Abschluss der Erstausbildung.**

386

387 **Hintergrund:**

388 Auch wenn Armut sich im unterschiedlichen sozialen Kontext oder in den unterschiedlichen  
389 Ländern und Kontinenten unterschiedlich darstellt, ist es inzwischen unstrittig, dass wir in  
390 Deutschland als einem der reichsten Länder wieder Armut und die damit verbundenen  
391 Probleme haben. Als Armut wird in Deutschland definiert, wenn Personen bzw. Familien  
392 weniger als die Hälfte des Durchschnittseinkommens zur Verfügung steht. Kinder und  
393 Jugendliche sind davon besonders betroffen, und sie können die Situation von sich aus nicht  
394 ändern. Deshalb fordern wir wie in den letzten Jahren eine elternunabhängige  
395 steuerfinanzierte Grundsicherung. Diese sollte eine angemessene Finanzierung der  
396 Lebenshaltungskosten, einschließlich der Ausbildungskosten ermöglichen.

397

398

399 **Forderung:**

400 **Wir fordern den Erhalt und Ausbau bezahlbaren Wohnraums.**

401

402 **Hintergrund:**

403 Bezahlbarer Wohnraum ist in Groß- und Universitätsstädten Mangelware. Ebenso führen  
404 Modernisierungen zu explodierenden Mieten, die für den Großteil der Bevölkerung nicht  
405 mehr bezahlbar sind. Die Folge ist, dass Mieter aus ihren Wohnungen verdrängt werden. Die  
406 Politik ist bei dieser Entwicklung herausgefordert, regulierend in den Wohnungsmarkt  
407 einzugreifen. Des Weiteren sind die Bestände des sozialen Wohnungsbaus in den letzten  
408 Jahren deutlich reduziert worden. Die Folge ist: Es fehlt an sozialem Mietwohnraum. Der  
409 soziale Wohnungsbau ist auszuweiten. Hierzu zählt auch die stärkere Verzahnung des  
410 „genossenschaftlichen Wohnungsbaus“ mit dem Sozialen Wohnungsbau. Die  
411 Wohnungsgenossenschaften müssen sich in diesem Zusammenhang mit ihren Angeboten  
412 auch für finanziell schwächere Bevölkerungsgruppen sowie für Menschen anderer  
413 Herkunftsländer öffnen.

414

415

## 416 **Nachhaltigkeit**

417

418 **Forderung:**

419 **Wir fordern von Politik und Wirtschaft ein nachhaltiges Beschaffungswesen sowie**  
420 **unabhängige Kontrollen.**

421

422 **Hintergrund:**

423 Eine ausschließlich an Wachstum orientierte Wirtschaftspolitik und eine  
424 Verbrauchsmentalität, die von einer ständigen Verfügbarkeit von Konsumgütern in den  
425 reichen Ländern dieser Welt geprägt sind, führen weltweit zu sozialen Verwerfungen und  
426 gehen zu Lasten der natürlichen Ressourcen dieser Erde. Den verheerenden Auswirkungen  
427 muss schnellstmöglich Einhalt geboten werden, um die Lebensgrundlagen künftiger  
428 Generationen zu sichern. Hierzu zählt auch, unser aller Konsumverhalten kritisch zu  
429 hinterfragen und zu ändern.

430 Unter anderem bedeutet das:

- 431 – Ergänzung der Vergabe- und Förderverordnungen bzw. -richtlinien um Kriterien für
- 432 Nachhaltigkeit, statt allein auf Wirtschaftlichkeit zu fokussieren.
- 433 – Versorgung öffentlicher Gebäude mit Ökostrom.
- 434 – Umsetzung von Energieeinsparmaßnahmen.
- 435 – Öffentliche Geldgeschäfte und -anlagen bei sozial und ökologisch ausgerichteten
- 436 Kreditinstituten
- 437 – sparsamer und nachhaltiger Papierverbrauch, Einsatz von Recyclingpapier.
- 438 – Ausschöpfung der Potentiale für einen ämter- bzw. gemeindeübergreifenden
- 439 Technik-Pool.
- 440 – Förderung und Umsetzung der Entwicklung eines staatlichen Siegels zur
- 441 Kennzeichnung von Produkten ohne Kinderarbeit.
- 442 – Beschaffung öffentlicher Güter auf der Grundlage ökologischer und sozial
- 443 verträglicher Kriterien.

444

445

446 **Forderung:**

447 **Wir fordern ein ökologisches Verkehrskonzept mit sozial verträglichen Preisen,**

448 **ohne Ausgrenzung von Dörfern, ohne lange Wartezeiten, den weiteren**

449 **Radwegeausbau sowie Verlagerung des Güterverkehrs auf die Schienen.**

450

451 **Hintergrund:**

452 Ein Ökologisches Verkehrskonzept erhebt den Anspruch, den Mobilitätsbedarf nachhaltig,

453 d.h. ohne Schäden für die Gesundheit, Umwelt und nachwachsende Generation zu decken

454 und die Lebensqualität zu erhöhen. Um den Mobilitätsanforderungen im Berufsleben

455 gerecht zu werden, sind viele auf die Nutzung eines Autos angewiesen. Das dadurch

456 bedingte Verkehrsaufkommen schädigt maßgeblich und nachhaltig das Klima und verbraucht

457 immer knapper werdende Ressourcen.

458

459 Deswegen brauchen wir einen bezahlbaren und flächendeckenden, den

460 Mobilitätsansprüchen gerecht werdenden einladenden Öffentlichen Personennahverkehr,

461 der auch die Freizeitbedürfnisse vor allem junger Menschen, gerade im ländlichen Raum,

462 berücksichtigt. Immer mehr Güter werden auf der Straße transportiert. Der Transitverkehr

463 durch Thüringen hat mit der Erweiterung der Europäischen Union und der Erschließung

464 neuer Märkte zugenommen und wird noch weiter steigen. Mit steigendem Transport- und

465 Verkehrsaufkommen steigt auch die Verschmutzung der Umwelt. Deswegen muss der

466 Transport von Gütern konsequent von der Straße auf die Schiene verlagert und die

467 entsprechende Infrastruktur geschaffen werden. Der Möglichkeit, sich gesundheitsfördernd

468 und umweltfreundlich fortzubewegen, dient der Ausbau des Fahrradwegenetzes in

469 Thüringen, der gleichzeitig auch den fahrradtouristischen Bedürfnissen gerecht wird. Ebenso

470 ist Carshering ein zentraler Baustein eines zukunftsfähigen Mobilitätssystems. Es entlastet

471 Städte und Gemeinden nachhaltig vom Verkehr, ermöglicht eine lebenswerte Umgebung

472 und bietet den dort wohnenden Menschen dennoch die Vorzüge flexibler, individueller

473 Fahrzeugnutzung – vernetzt mit dem Umweltverbund aus Bus, Bahn und Fahrrad.

474

475

476

477

478 **Forderung:**

479 **Wir fordern sozialverträgliche Strompreise, u.a. durch die Abschaffung der**  
480 **Subvention für Großverbraucher.**

481

482 **Hintergrund:**

483 Atom- und Kohleenergie kosten die Verbraucher deutlich mehr als Ökostrom. Ganz  
484 abgesehen von den milliardenschweren Subventionen, die in diese Energieerzeugung  
485 geflossen sind und den Folge- bzw. Entsorgungskosten, die die Gesellschaft zu tragen hat.  
486 Während der Ökostrom in den letzten Jahren um die Hälfte billiger wurde, haben die  
487 Energieversorger ihre Strompreise in derselben Zeit verdoppelt und satte Gewinne  
488 eingesteckt. Darüber hinaus verursacht die Entlastung energieintensiver Produktion von der  
489 EEG-Umlage zusätzliche Kosten bei den Verbrauchern. Aus der ursprünglichen Idee,  
490 energieintensive Unternehmen vor Nachteilen im internationalen Wettbewerb zu schützen,  
491 hat sich zwischenzeitlich eine Subventionspolitik entwickelt, die mehr und mehr Betriebe  
492 berücksichtigt, die nur in Deutschland tätig sind. Unternehmen verbrauchen bewusst mehr  
493 Energie, um von der EEG-Umlage befreit zu werden. Dieser Missbrauch muss konsequent  
494 verhindert werden, denn der private Verbraucher muss die Kosten dieser Subventionspolitik  
495 mit den steigenden Strompreisen letztlich tragen.

496 Der konsequente Ausbau der erneuerbaren Energieerzeugung erübrigt letztlich den  
497 Milliarden teuren Einkauf von Energie aus dem Ausland.

498

499

500 **Forderung:**

501 **Wir fordern ein verstärktes Engagement zur Aufklärung und Bewusstseinsbildung**  
502 **für den Umweltschutz sowie Kontrollen und zeitnahe Strafverfolgung bei Umwelt-**  
503 **delikten.**

504

505 **Hintergrund:**

506 Die fahrlässige bzw. bewusste Verschmutzung der Umwelt ist kein Kavaliersdelikt. Das  
507 Umweltstrafrecht muss dahingehend verändert werden, dass Strafen für Umweldelikte  
508 wirksamer und abschreckender gefasst werden. Dazu gehört vor allem auch, dass die  
509 Kontrolle der Einhaltung der Gesetze zum Schutz der Umwelt verstärkt und Umweldelikte  
510 zeitnah geahndet werden.

511 Zur Realisierung dieser Forderung muss ausreichendes Fachpersonal in den Behörden zur  
512 Verfügung stehen. Ebenso ist durch Aufklärungsmaßnahmen ein Bewusstsein in der Bevöl-  
513 kerung zu schaffen, um Umweltstraftaten vorzubeugen.

514

515